

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Juni 2010

Gesch. Nr. 004/10

16.04.21 Gemeindeorganisation; Motion Begründung im Rat / Nichtüberweisung einer Motion

[...]

3. GESCHÄFT-NR. 004/10 Motion Urs Käppeli, parteilos, Einführung von Sozialdetektiven - Überweisung

Motionär Urs Käppeli, parteilos, schreitet zur Begründung der Einreichung seines Vorstosses ans Rednerpult und betont die Wichtigkeit seines Anliegens.

Die Wahrung der Sozialwohlfahrt sei eine grosse Herausforderung für die Öffentlichkeit. Käppeli verweist auf Art. 2, Abs. 2 der Bundesverfassung, wo die Förderung der Wohlfahrt in der Eidgenossenschaft festgeschrieben steht.

Der liberale Bundesstaat soll Freiheit und die Rechte schützen. Unsere Rechtsordnung stellt auf diesem Grundsatz ab.

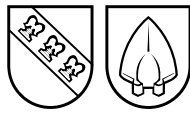
Gemeinderat Käppeli postuliert nicht, die sozialen Einrichtungen abzuschaffen. Deren Bestand sei nach wie vor ausgewiesen und nicht anzuzweifeln. Dennoch sind immer mehr Leute auf Leistungen dieser Institutionen angewiesen. Dies führe zu höheren Kosten bei deren Personal, welches immer umfangreichere Abklärungen treffen muss, und somit kontinuierlich einer Mehrbelastung unterzogen ist.

Diese Situation erfordere Massnahmen, die wirkungsvoll, sozialverträglich und ökonomisch vertretbar sind. In anderen Gemeinden und Städten werden die angesprochenen Soziainspectoren resp. -detektive bereits eingesetzt. Keine der Gemeinden oder Städte, die bereits über solche externe Kontrolle verfügen, würden einen Erfolg in Abrede stellen.

Auch in Illnau-Effretikon soll diese Entwicklung Einzug halten, da die Stadt sonst wie ein Anziehungspunkt für auf Sozialhilfebetrug ausgerichtete Bezüger/innen wirke. Die Leistungsabklärer/innen sollen in Erfahrung bringen, ob Leistungen oder Bezüge rechtmässig oder gerechtfertigt sind. Solche Massnahmen wären effektiv, kostensparend und sozialverträglich ausgestaltet.

Der Einsatz von Detektivpersonal würde die Arbeit der Sozialarbeiter ergänzen. Es sei klar, dass Missbräuche aus Sicht der Sozialarbeitenden gerne marginalisiert werden und darum als eher selten vorkommend ausgewiesen werden. Dabei ginge es auch um die Wahrung der Rechte jener Personen, welche tatsächlich berechtigt sind, Leistungen zu beziehen. Deren Selbstwertgefühl soll nicht weiter geschwächt werden.

Eine Leistungsabklärung solle nicht mehr als 20 h Aufwand oder Fr. 3'000 Kosten bedeuten. Es sei dabei ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre zu berücksichtigen. Weshalb schliege der Sozialstaat mit immer mehr Ausgaben zu Buche? Die Menschen werden immer älter, somit sind also u.a. demografische Gründe, aber auch veränderte Familienverhältnisse (alleinerziehende Mütter, oder künstliche Befruchtungen) und steigende Arbeitslosigkeit Gründe, die zu einer rasanten Ausgabenzunahme im Bereich der Sozialhilfe und der Sozialversicherungen führten. Andere Bereiche wie z.B. der Bereich der Krankenversicherung seien gleichwohl betroffen, resp. führen zu erhöhten Ausgaben im Sozialhilfebereich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Juni 2010

Die Kapazitäten in den Sozialämtern seien im Schwinden begriffen. Bei den Sozialarbeitern machen sich Symptome nach Burn-out etc. breit. Zudem sei der Sozialarbeiter doch befangen, wenn er einen Klienten schon lange kenne, und dann eines Tages auf etwas Negatives hinweisen müsse. Gemeinderat Käppeli zitiert die rechtlichen Grundlagen, wonach die SKOS-Richtlinien und Art. 12 BV die soziale Hilfe in Notlagen garantieren würden. Ebenso seien die Sozialämter gehalten, eine allgemeine Kontrollpflicht wahrzunehmen. Überdies sind die Bezüger/innen verpflichtet, über ihre Verhältnisse wahrheitsgetreu Auskunft zu geben.

Ein weiteres Thema in diesem Bereich decke der Bereich der Scheinehen ab. Mit einem Besuch eines Detektiven liesse sich schnell abklären, ob es sich um einen Ein- oder Zwei-Personen-Haushalt handle.

Ein Detektiv habe mehr Zeit, umfangreichere Abklärungen und Auskünfte u.a. bei verschiedenen Amtsstellen zu tätigen resp. einzuholen. Urs Käppeli empfiehlt eine Firma in Basel, die solche Dienste erfolgreich anbiete. Im Übrigen habe die rot-grün regierte Stadt Basel auch den Nutzen solcher Inspektoren erkannt und nutze diese seit geraumer Zeit.

In erster Linie bedeute eine Einführung von Sozialdetektiven, wie sie der Motionär sie in seinem Vorstoss fordert, eine Qualitätssicherung. Überdies bedeute sie auch einen höheren Schutz für die Mitarbeitenden des Sozialamtes, da Dossiers extern geprüft werden.

Der Stadtrat wird angefragt, ob er bereit sei, den Vorstoss anzunehmen. Kurt Brüngger, Stadtrat Ressort Soziales, stimmt soweit vielem zu, was der Motionär erwähnt hat. Dennoch sei der Stadtrat nicht bereit, den Vorstoss anzunehmen. Die Erklärung liesse sich in zwei Varianten liefern. Sollte der Rat noch eine Diskussion beschliessen, so werde Stadtrat Kurt Brüngger im Anschluss Stellung nehmen.

Der Rat beschliesst in einer Abstimmung mit 25 : 7 Stimmen eine Diskussion und in einer weiteren Abstimmung mit grossem Mehr, dass der Sozialvorstand nun gleich seine Begründung abgeben soll.

Stadtrat Ressort Soziales, Kurt Brüngger, SP, anerkennt, dass Leistungen im Sozialwesen missbräuchlich beansprucht werden. Dies hätte er noch nie bestritten. Missbrauch gab es schon immer. Nicht nur im Bereich der sozialen Institutionen sondern auch in allen anderen Bereichen. Überall wo Regeln bestehen, werden diese gebrochen. Im Allgemeinen gehe man durchschnittlich von einer Quote von 4 bis 6 % der Klientenschaft aus, welche Missbrauch betreiben. Erfahrungen aus der Praxis bestätigen diese Annahmen.

Es existieren zwei Arten, wie man Sozialmissbrauch bekämpfen könne.

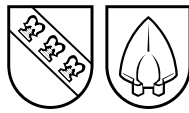
Die erste Variante wurde eben durch Urs Käppeli vorgestellt: Die externe Lösung.

Die zweite Option wird von den meisten Zürcher Gemeinden und auch von der Stadt Illnau-Effretikon angewendet: Die interne Lösung.

Die externe Lösung - und somit die Auslagerung des Bereiches der Kontrolle - wählen vor allem Gemeinden, die über zu wenig oder zu wenig gut geschultes Personal verfügen.

Wie immer biete auch diese Variante Vor- und Nachteile. Ein Vorteil bestehe darin, dass die Behörde der Bevölkerung und den real betroffenen Klientenschaft ein gutes Signal aussende.

Nachteile sieht Brüngger darin, dass externes Personal ein Dossier drei bis vier Mal wälzen muss, und der Einarbeitungs- resp. Einleseprozess viel länger dauert. Ebenso gestalten sich die Prozesse zur Datenbeschaffung der Beauftragten einer externen Stelle aufgrund des Datenschutzes viel mühsamer, als für internes Behördenpersonal.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Juni 2010

Die Kostenfrage sei ebenfalls zu erwägen. Bei 365 Fällen pro Jahr, bei denen jedes Dossier kontrolliert werden muss, errechnet sich bei einer Annahme der Kosten von Fr. 3'000.- pro Klient ein Aufwand von Fr. 1.1 Mio. Kein Pappenstiel!

Klar funktioniere das externe Modell unbestrittenermassen. Allerdings habe die Stadt Illnau-Effretikon den Hebel woanders angesetzt.

Die städtische Abteilung Soziales verfügt über genügend und bestens geschultes Personal. Der Stadtrat hat, was die sozialamtliche Stellenplanung betrifft, grosszügig agiert und das Stellen-Soll im letzten Jahr um ein Vollpensum erweitert. Die Sachbearbeitung erfolgt durch Angestellte, die allesamt über einen Fachhochschul-Abschluss bzw. über Zusatzausbildungen im Versicherungsrecht oder im Bereich Finanzen verfügen. Stadtrat Kurt Brüngger ist stolz auf das gut gebildete Personal.

Das bereits implementierte und sehr bewährte Kontrollsystem gestaltet sich - ohne interne, vertrauliche Details zum Verfahrensablauf zu nennen - wie folgt:

1. Stufe Intake (Abklärungen der Leistungen)
2. 1. Kontrollstufe (Vier-Augen-Prinzip, Sichtung der Dossiers „Bestandesaufnahme“)
3. Überall wo Unklarheiten oder Probleme bestehen, wird ein Fall genau examiniert, Schwachpunkte erkannt und Nachforschungen angestellt.
4. Aussensicht: Leiter Abteilung Soziales in Personalunion mit dem Sekretär der Fürsorgebehörde. Ausgewiesener Fachmann im Vormundschafts- und Sozialhilferecht.
5. Kontrollstelle, welche nur die Finanzflüsse kontrolliert
6. Fürsorgebehörde; zuständig für Sprechung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Jedes Dossier wird von zwei Mitgliedern geprüft. Die Fürsorgebehörde besteht aus fachkompetenten Profis aus den Bereichen der Politik, Soziales und Finanzen.

Sollte nach Durchlauf dieser sechs Kontrollinstanzen ein Betrugsfall nicht ausgemerzt worden sein, so kann diese Quote als marginal betrachtet werden.

Der erhaltene „Gewinn“ stünde in keinem Verhältnis zu den Kosten, die man für die Weiterverfolgung solcher Fälle bereitstellen müsste.

Bei Schwarzarbeit gäbe es einige „altbekannte“ Methoden herauszufinden, ob die Klienten die Wahrheit darlegen, indem man den sie zu unregelmässigen Zeiten ins Büro bestelle.

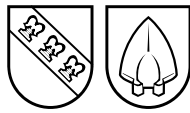
Bei Weigerung zur Teilnahme an einem Arbeitsprogramm, wird den Betroffenen so lange kein Geld ausbezahlt, bis sie sich der Arbeit behändigen.

In Zweifelsfällen könne die städtische Abteilung Soziales bereits jetzt auf externe Fachhilfe zurückgreifen. Der Stadtrat habe dafür extra einen Budgetposten eingestellt. Allerdings wurde dieser bisher noch nie angerührt.

Weiter hervorzuheben sei, dass die Kantonspolizei des Kantons Zürich signalisiere, dass sie sich für kleinere Abklärungen zur Verfügung halte. Da die Aufstockung des städtischen Polizei-Korps verweigert wurde, fehle es der Stadtpolizei an der nötigen Kapazität, die für solche Aufgaben erforderlich wäre.

Der Erfolg des internen Kontrollsystems liesse sich sehen.

Im Jahre 2009 waren total 365 Fälle an Sozialhilfebezügern verzeichnet. Davon wurden 90 abgelöst. Das Ressort Soziales habe die Kosten und Ausgaben im Griff. Diesbezügliche Behauptungen von Gemeinderat Käppeli



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Juni 2010

seien nicht korrekt. Es stimme nicht, dass die Kosten steigen. Im Jahre 2007 wurde der Höchststand (Peak) erreicht. Das Budget 2011 sei auf Kurs.

Brüngger ist stolz auf diese Ergebnisse, auch zu wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Stadtrat Kurt Brüngger zeigt anhand einer Folie einen Vergleich zwischen ähnlich bevölkerten Städten in der Agglomeration Zürich. Dabei sind mitunter: Volketswil, Adliswil, Bülach, Opfikon-Glattbrugg, etc. Diese Statistik wird seit 1992 erhoben.

Im Jahre 1992 standen sämtliche Gemeinden an der etwa selben Ausgangsposition. Danach erfolgten Steigerungen. Dennoch sind in den letzten zwei bis drei Jahren markante Senkungen zu verzeichnen. Im Jahre 2006/07 differieren die Zahlen enorm, während sich die Werte 2009 wieder angleichen.

Die Stadt Illnau-Effretikon stehe, um es nicht zu übertrieben und zu euphorisch auszudrücken - nicht schlecht da.

Im Jahre 2009 wurden dank des verwendeten Modells neun Fälle mit einem Gesamtvolumen von Fr. 90'000.- aufgedeckt. Dieses Jahr waren es im Januar bereits sieben Fälle; ungerechtfertigte Ausgaben von Fr. 85'000.- konnten so verhindert werden.

Brüngger verurteilt die externen Kontrollen nicht, diese können durchaus sinnvoll sein. Allerdings würde mit der vorgeschlagenen Gangart ein völlig neues Konzept umgesetzt werden, für dessen Einführung es keinen Grund gäbe, da das bisherige System von Erfolg gekrönt sei.

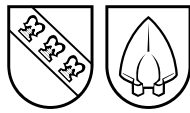
Gemeinderätin und 2. Vizepräsidentin, Ruth Hildebrand, FDP/JLIE meldet sich zu Wort:

Sie möchte Stadtrat Kurt Brüngger in seiner Erklärung und Ansicht bekräftigen. Brüngger führe das Ressort mit viel Herzblut und dies sei echt. Als GPK-Mitglied habe sie im Rahmen der parlamentarischen Befragung zum Geschäftsbericht das angetönte eigene Kontrollsystem bereits einmal vorgestellt bekommen. Die FDP/JLIE-Fraktion spricht der städtischen Abteilung Soziales ihr Vertrauen aus.

Gemeinderat Reto Unterholzner, SVP, regt den Verfasser an, er möge doch diese Motion in ein Postulat umwandeln. Somit würde auch die SVP-Fraktion ihre Unterstützung zusichern.

Gemeinderätin Sabrina Di Bella, SP/JUSO, stellt fest, dass zum fraglichen Thema wohl alles gesagt sei. Allerdings müsse festgehalten werden, dass die Städte Basel und Zürich wohl über eine sehr differente Bevölkerungsstruktur im Vergleich zu jener von Illnau-Effretikon verfügen. Den Eindruck, dass es dem Motionären Käppeli wohl nur darum gehe, ein gewisses Mass an Medienpräsenz zu erzielen, könne man nicht von der Hand weisen. Die SP/JUSO-Fraktion wird die Überweisung ablehnen. Gleichzeitig wünscht sie sich aber, dass der Stadtrat resp. die Abteilung Soziales ihr Engagement auch einem breiteren Publikum präsentiert.

Gemeinderätin Tanja Bischof, EVP, dankt für die Einreichung dieser Motion, da diese eine spannende Antwort zu einem interessanten Thema liefere. Vielleicht wäre gut daran getan gewesen, bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu diesem Thema zu orientieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 17. Juni 2010

Tanja Bischof verwehrt sich gegen die Aussage, dass alleinerziehende Mütter ein Nachteil für die Gesellschaft bedeuten und merkt an, dass diese wohl nicht selbst schuld an ihrem Schicksal sind. Ebenso sei es unrealistisch, dass die Zahl der Kinder, die einem Retortenglas entspringen, so enorm hoch sei, wie Käppeli dies suggeriert habe.

Die EVP-Fraktion schenkt dem Stadtrat das Vertrauen und wird die Überweisung dieses Vorstosses nicht unterstützen.

Für den Geschmack von Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, hat Kurt Brüngger zu viel gesagt. Die Bemerkung, wonach die Abteilung Soziales über genügend Personal resp. schon fast zu viel Personal verfüge, wirke plakativ. Das könne ja dann auch nicht der Sache Sinn sein. Trotzdem möchte Gehri die Motion nicht überweisen.

Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, hält fest, dass der vorliegenden Motion ein generelles Problem zu Grunde liege. Es gelte, zu beachten, was man damit für Signale sende. Wolle man tatsächlich Minderheiten ausgrenzen und stigmatisieren? Es gäbe Parteien, die sich diese Vorgehensweise auf die Fahne geschrieben hätten und so ganze Kampagnen bestreiten, Wahlen und Abstimmungen gewinnen.

Da hiesse es, dass Ausländer von Grund auf faul, kriminell oder gleich beides seien.

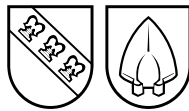
Die Minarettinitiative, die Ausschaffungsinitiative und die Sozialhilfedebatte würden alle in die selbe Kerbe hauen....

Ratspräsidentin Barbara Scheidegger-Conrad mahnt den Votanten gemäss Art. 37 GeschO, er solle sich zur Sache äussern und sich nicht zu weit vom Verhandlungsgegenstand entfernen.

Fabian Molina fährt fort, als Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, augenblicklich einen Ordnungsantrag stellt, wonach Gemeinderat Molina das Wort zu entziehen sei.

Dieser Ordnungsantrag wird mit 20 : 6 Stimmen angenommen.

Dem Urheber dieser Motion ist es egal, ob man sich für Motion oder Postulat einsetze. Er bleibe bei der stärkeren Form der Motion, auch wenn das Risiko bestünde, dass der Vorstoss dann auch eher abgelehnt werde. Kurt Brüngger habe schliesslich Bereitschaft zur Kooperation signalisiert; er wolle das Kontrollsystem einfach nicht durch den Rat verordnet kriegen. Allerdings kann sich Urs Käppeli mit der Haltung, die Abteilung Soziales arbeite gut und benötige keine externe Hilfe nicht einverstanden erklären. Die Betrugereien sollten restlos aufgeklärt werden. Zudem sei eine Lösung nach externem Modell manchmal gar günstiger als die interne Variante.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 17. Juni 2010

SCHLUSS-ABSTIMMUNG:

Der Überweisung der Motion Urs Käppeli, parteilos, Einführung von Sozialdetektiven wird mit 24 : 5 Stimmen nicht statt gegeben.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.06.2010
ms